

Antworten der SPD-Landtagsfraktion auf die Wahlprüfsteine des Landesjagdverbandes Baden-Württemberg e. V. zur Landtagswahl 2016

1. Änderung JWMG

Planen Sie, das JWMG in diesen und anderen Punkten zeitnah zu ändern?

Antwort SPD:

Das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG) ist erst 2015 in Kraft getreten. Es ist ein gutes und modernes Gesetz, das Jagdinteressen sowie Tier- und Naturschutz zusammenbringt. Zugleich berücksichtigt es viele berechnigte Interessen von Seiten der Landwirtschaft, der Kommunen, der Waldbesitzer und der Grundeigentümer. Wenn die neuen Regelungen einige Jahre gelebt werden und wirken, werden wir selbstverständlich – wie bei fast jedem Gesetz – eine Nachbesserung dort prüfen, wo die Umsetzung unbefriedigend verläuft.

2. Luchs

Beabsichtigen Sie eine Auswilderung? Unterstützen Sie die natürliche Rückkehr durch eine aktive Umsetzung des Generalwildwegeplans?

Antwort SPD:

Die dauerhafte Wiederansiedlung des Luchses wollen wir als SPD durch eine konsequente Umsetzung des Wildwegeplans und einen guten, integrierten Naturschutz begleiten. Die aktive Wiederansiedlung scheint uns in den nächsten Jahren allerdings nicht sinnvoll zu sein.

3. Wolf

Welches Wolfsmanagement mit welchen Maßnahmen sehen Sie in Konfliktsituationen vor? Eröffnet nicht gerade das JWMG mit seinem Schutzmanagement die Interessen von Jagd und Naturschutz angemessen berücksichtigende Optionen?

Antwort SPD:

Wir teilen die Meinung des Landesjagdverbandes zur Einschätzung der Situation des Wolfs im Land. Das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ist als gesetzliche Grundlage gut geeignet, um den Umgang mit dem Wolf richtig anzugehen, gerade auch durch das neue Schalenmodell. Zum konkreten Umgang mit dem Wolf in Konfliktfällen (Reißen von Nutztieren, etc.) setzen wir auf einen intensiven Dialog mit allen Betroffenen und Fachleuten, wie den Jägern, den Naturschützern, den Landwirten und den Schäfern.

4. Rotwild

Wie bewerten Sie den offenen Widerspruch zwischen der Willkommenskultur für Großraubwild und die gesetzlich angeordnete Verinselung der Rotwildbestände? Welches Rotwildmanagement planen Sie?

GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN. GUTES LAND.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw

Antwort SPD:

Angesichts des hohen Konfliktpotenzials des Rotwilds könnte eine Aufhebung der Rotwildgebiete nur nach intensiver Vorbereitung erfolgen. Die Rotwildkonzeption ist aus unserer Sicht zu evaluieren. Erst dann kann aus unserer Sicht eine Aufhebung geprüft werden.

5. Wald und Wild

Sehen Sie Wald und Wild auch zukünftig auf Augenhöhe oder verfolgen Sie eine Politik des „Wald vor Wild“?

Antwort SPD:

Auch mit dem neuen Gesetz werden die Interessen von Wild und Wald auf gleicher Augenhöhe behandelt. Für uns besteht dazu kein Widerspruch, wenn die Wilddichten durch Bejagung so reguliert werden, dass auch eine natürliche Waldsukzession hin zu Mischwäldern mit Buchen- und Tannenanteil möglich ist.

6. Menschen und Wild

Planen Sie, über den bisherigen Umfang hinaus Betätigungen in Wald und Feld zu erlauben, die sich störend auf Wild, Jagd und Natur auswirken? Setzen Sie sich für die Beibehaltung der 2-m-Regelung zur Nutzung von Waldwegen ein? In welcher Form berücksichtigen Sie bei Tourismus- und Erholungsprogrammen das Schutzbedürfnis von freilebenden Tieren und Pflanzen?

Antwort SPD:

Wir setzen uns wie schon in der Vergangenheit für die Beibehaltung der bewährten 2-m-Regelung auf Waldwegen ein. Darüber hinaus wollen wir im Benehmen mit dem Jagdbeirat weitere Möglichkeiten ausschöpfen, um auch Freizeitnutzer zur stärkeren Berücksichtigung der Wildruhe anzuhalten. Die vorgesehene Informationskampagne ist ein guter erster Schritt dazu. Das neue Gesetz eröffnet weitere Möglichkeiten, die bei Bedarf zu nutzen sind.

7. Waffenrecht

Sehen Sie eine Verschärfung des Waffenrechts in den genannten Punkten für erforderlich an? Planen Sie eine Initiative des Landes zur Verschärfung des geltenden Rechts?

Antwort SPD:

Zurzeit halten wir eine Änderung des Waffenrechtes nicht für erforderlich. Sollte es zu einer Verschärfung auf EU- und Bundesebene kommen, gilt es, diese so bürgerfreundlich und unbürokratisch wie möglich umzusetzen.

GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN. GUTES LAND.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw

8. Schalldämpfer

Ermöglichen Sie den präventiven Einsatz von Schalldämpfern?

Antwort SPD:

Einer Lockerung des Verbotes, Schalldämpfer bei der Jagd einzusetzen, stehen die Agrarpolitiker offen gegenüber, aus waffenrechtlicher Sicht bestehen jedoch Bedenken wegen der dann breiteren Verfügbarkeit von Waffen, deren Einsatz und Besitz außerhalb der Jagd gefährlich und unerwünscht ist.

9. Jagdsteuer

Treten Sie für die Streichung der gesetzlichen Erhebungsgrundlage für die Jagdsteuer ein?

Antwort SPD:

Die Jagdsteuer ist eine kommunale Steuer auf Kreisebene. In die kommunale Selbstbestimmung wollen wir nicht eingreifen, plädieren aber seit Jahren dafür, die Jagdsteuer auf Kreisebene nicht zu erheben. Die allermeisten Kreise haben dies auch bereits so umgesetzt.

10. Tier- und Artenschutz

Welche praktikablen Lösungen sehen Sie für den Fall vor, dass Hunde unbekannter Halter wildlebende Tiere in Not- oder Setz- und Brutzeiten hetzen und reißen? Welche konkreten Lösungsvorschläge haben Sie, um der Bedrohung der Biodiversität durch die invasive Tierart (streunende) Hauskatze infolge ihrer ungebremsten Vermehrung wirksam zu begegnen?

Antwort SPD:

Das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz zeigt hierzu gute Lösungsansätze auf. In den allermeisten Fällen werden die Halter von wildernden Hunden bekannt sein oder ermittelt werden können. Wo dann polizeiliche Mittel (Auflagen, Maulkorb, Leinenpflicht, Geldbußen) nicht ausreichen, ist auch ein Abschuss möglich.

Zugleich unterstützt das Land inzwischen Kastrationsprogramme für streunende Katzen auf Kreisebene. Dies wird in einigen Regionen schon gut angenommen und umgesetzt. In besonders empfindlichen Biotopen und Schutzgebieten (mit beispielsweise gefährdeten Bodenbrütern) wird der Katzenabschuss auch in Zukunft möglich sein. Diese Regelung erscheint aus unserer Sicht ausreichend und kann in einigen Jahren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden.

GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN. GUTES LAND.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw